

Für den Landkreis Göppingen in Berlin



SPD

Ausgabe 33 Januar 2016

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

die Zeit für Besinnung und Erholung war diesmal kurz. Während der Weihnachtsfeiertage wurden wieder Flüchtlingsunterkünfte angegriffen, kurz nach der Jahreswende nahm die Debatte aufgrund der abscheulichen Ereignisse der Silvesternacht neue Schärfe an. Und immer neue aktionistische Forderungen dominieren die öffentliche Diskussion. Eine Entschleunigung der Debatte und ihre Befreiung von Verallgemeinerungen, ungeprüften Behauptungen und Angstmacherei wäre gerade wegen der Tragweite der dahinter liegenden menschlichen Schicksale mehr als nötig. In 2016 werden wir uns ähnlichen Herausforderungen wie im vergangenen Jahr gegenübersehen. Es ist wirklich zu wünschen, dass sich die Anzahl von Flüchtlingen, die hier Asylanträge stellen, verringert. Behörden, Verwaltung und auch viele Freiwillige müssen entlastet werden, nicht zuletzt um den Flüchtlingen, die bei uns sind, eine menschenwürdige Behandlung und ausreichende Versorgung zu garantieren. Aber Gesetze und Beschlüsse, die politisch in Bund und Land getroffen werden, benötigen Zeit, um zu wirken. Zielgerichtete und durchdachte Maßnahmen im internationalen wie im innenpolitischen Rahmen und ihre effektive Umsetzung müssen jetzt den Schwerpunkt aller beteiligten Ebenen bilden. Stim-

menheischende Forderungen sind häufig weder grundgesetzkonform, noch praktisch machbar und schüren nur weiter Ängste und Befürchtungen.

Die Krisenbilder, die derzeit von vielen gezeichnet werden, überdecken leider so manche positive Entwicklung in unserem Land. Da wäre zum Beispiel die großartige Beschäftigungslage. Bei uns in Göppingen sind für das Jahr 2015 2,4 % mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gemeldet. Besonders Frauen, Langzeitarbeitslose und Menschen mit Migrationshintergrund haben daran ihren Anteil. Und auch die Flüchtlingsbewegung bringt nicht nur Schwierigkeiten mit sich, wie gerade die Wirtschaft erkennt. Von Unternehmen aus der Region höre ich immer wieder, dass sie den großen Zuzug als Chance begreifen. Denn gerade im Handwerk, aber auch in anderen Branchen, besteht ein Mangel an Nachwuchskräften. Menschen, die zu uns kommen, um nicht nur Schutz, sondern auch eine Perspektive zu finden, sind für unsere Betriebe und für unsere Gesellschaft ein Gewinn. Wir sollten ihnen so rasch wie möglich Brücken bauen, dass sie sich integrieren können.

Ihre/Eure



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb



Handlungsfähiger Staat

Es ist beunruhigend, was für Formen die Debatte um die aktuelle Situation in Deutschland bisweilen annimmt. Die Horrorszenarien von rechts reichen inzwischen bis hin zu Prophezeiungen eines angeblichen „Staatsversagens“. Davon sind wir weit entfernt. Unsere staatlichen Strukturen sind zwar belastet, beweisen aber gerade auch, dass sie belastbar sind. Ein handlungsfähiger Staat zeichnet sich ja nicht dadurch aus, dass er keinerlei Schwierigkeiten zu überwinden hat, sondern dadurch, dass er angemessen auf sie reagiert. In diesem Sinne hat unser Staat – und dazu zähle ich die Verwaltungsstrukturen ebenso wie die lebendige Zivilgesellschaft – gerade im letzten Jahr seine Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Und auch das Parlament hat sofort das Problem zu langer Bearbeitungszeiten von Asylanträgen angepackt und einen Ankunfts-nachweis eingeführt (s. Artikel S. 3).

Konsequentes Handeln und Besonnenheit sind jetzt gefragt, damit Beschlüsse und Gesetze umgesetzt und angewandt werden können. Insbesondere für die wichtigen internationalen Maßnahmen zur Befriedung in den Krisenregionen und zur Bewältigung der Fluchtursachen braucht es Beharrlichkeit und Weitsicht. Hinderlich dabei sind Aktionismus, immer neue Pläne, Entwürfe, und Forderungen, die tagesaktuell und ohne viel Bedacht geäußert werden.

Wenn sich allerdings der Bundesfinanzminister bereits jetzt sträubt, mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau, für Integrationsmaßnahmen, Bildung und andere soziale Projekte in die Hand zu nehmen, setzt das falsche Signale. Denn solche Ausgaben sind Investitionen in eine gute Zukunft, die wir uns gerade zu Zeiten einer starken

Konjunktur leisten können. Wir müssen sie uns sogar leisten, um unsere Gesetze zielführend umsetzen zu können. So sind beispielsweise bereits seit der Rot-Grünen Regierungszeit Integrationskurse für Asylbewerberinnen und -bewerber verpflichtend. Zur Umsetzung dieses Gesetzes brauchen wir allerdings mehr Lehrer, mehr Räume, eine bessere Organisation.

Auch die Sicherheit und die Freiheit aller Menschen hier in Deutschland wollen wir durch die Umsetzung unserer Gesetze und Beschlüsse garantieren. Nicht nur die Ereignisse in Köln (in der Silvesternacht und bereits im Herbst, als rechte Hooligans in der Kölner Innenstadt randalierten) haben gezeigt, dass wir mehr Personal auch in den Reihen der Polizei benötigen. Die Anforderungen an unsere Behörden und Ämter, an Lehrer und Verwaltungen steigen. Wir als SPD stehen dafür ein, diesen Veränderungen angemessen zu begegnen.

Ein handlungsfähiger, ein starker Staat wird aber nicht nur durch funktionierende Abläufe und eingehaltene Gesetze realisiert. Er wird auch mitgetragen durch zivilgesellschaftliches Engagement. Wie stark diese Gestaltungskraft ist, haben wir gerade in den letzten Monaten erleben dürfen. Das macht Mut. Denn es ist bekannt, dass häufig gerade schwere Zeiten die Menschen besonders zusammenschweißen. Damit es dazu kommt, müssen wir auch weiterhin unsere Werte von Respekt, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit verteidigen. Davon werden wir uns nicht durch diejenigen abbringen lassen, die aus Angst politisches Kapital schlagen wollen.

Ankunftsnachweis für Flüchtlinge

Ein Asylverfahren dauert durchschnittlich knapp sechs Monate – das ist immer noch deutlich zu lang. Zur Beschleunigung der Verfahren haben wir darum gleich in der ersten Sitzungswoche in 2016 ein Gesetz verabschiedet, das die Registrierung von Asylsuchenden und den Austausch von Daten zwischen unterschiedlichen Verwaltungsebenen regelt. Bereits beim Erstkontakt mit Asylsuchenden werden zukünftig Kerndaten aufgenommen und zentral gespeichert. Auf diese Daten kann dann von verschiedenen öffentlichen Stellen zugegriffen werden. Den Asylsuchenden wird ein sogenannter „Ankunftsnachweis“ in fälschungssicherer Papierform ausgestellt.



Diese Neuerungen haben gleich mehrere Vorteile: Erstens verhindern sie die zeitraubende Mehrfachaufnahme der gleichen Daten an verschiedenen Stellen. Außerdem können Mehrfachantragstellungen unter verschiedenen Identitäten unterbunden werden – also ein Beitrag für mehr Sicherheit und eine Entlastung der Behörden.

Gerecht: Paritätische Krankenversicherung

Trotz mancher Krisenszenarien kam in den Neujahrsbotschaften auch zur Sprache: Uns in Deutschland geht es gut und unsere Wirtschaft brummt! Darum ist es an der Zeit, die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen wieder einzuführen. Denn die einseitige Belastung der Arbeitnehmer, die einst zur Entlastung

der schwächelnden Wirtschaft eingeführt wurde, ist nicht länger hinzunehmen. Darum setzen wir uns mit Nachdruck für eine Rückkehr zur paritätischen Beitragserhebung und damit auch für eine solidarische Verteilung der steigenden Ausgaben ein.



Gute Arbeit, guter Lohn

Jeder soll von seiner Hände Arbeit leben können. Deshalb haben wir mit dem Mindestlohn von 8,50 Euro eine Lohnuntergrenze eingezogen und gegen vielerlei Widerstände politisch erkämpft. Wir gehen weiter auf dem Weg, der ordentliche Arbeitsbedingungen und anständige Bezahlung für gute Arbeit schafft. Denn es ist nicht in Ordnung, dass Menschen jahrelang mit Werkverträgen oder als Leiharbeiter ohne Sicherheit und zu einem geringeren Lohn arbeiten müssen.

Werkverträge und Zeitarbeit sind in unserer hochflexiblen Wirtschaft notwendig. Aber sie dürfen nicht missbraucht werden, um Streiks zu brechen oder Löhne zu drücken, sie dürfen keine Arbeitnehmer erster und zweiter Klasse schaffen. Deshalb werden wir eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten einführen. Und nach spätestens neun Monaten sollen Leiharbeiter genauso viel verdienen wie die Stammebelegschaft.

Denn für uns in der SPD ist klar und das hat sich nach der Einführung des Mindestlohns bestätigt: Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Erfolg sind zwei Seiten derselben Medaille. Soziale Gerechtigkeit schafft Wohlstand und Kaufkraft – und wirtschaftliche Stärke schafft Arbeitsplätze und sichert einen gut finanzierten Staat.

Pflegeberufe stärken

Immer mehr Menschen benötigen Pflege und die Anforderungen an das Personal von Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern steigen. Gleichzeitig zeichnet sich ab, dass wir mehr Fachpersonal brauchen. Daher steht nach vielen Verbesserungen der Pflege im letzten Jahr nun die Reform der Pflegeberufe an. Wir wollen die Ausbildungsgänge der verschiedenen Pflegeberufe (Kranken-, Alten- und Kinderpflege) zu einem einheitlichen Berufsbild zusammenlegen. Damit wird der neue Pflegeberuf zum größten Ausbildungsberuf in Deutschland. Und wer diese Ausbildung absolviert, kann danach in allen Pflegebereichen arbeiten und bekommt dadurch mehr Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten. Dazu kommen eine



angemessene Ausbildungsvergütung und die Abschaffung des Schulgelds, das es in einigen Bundesländern noch gibt. Mit der Reform, über die wir in den kommenden Monaten im Bundestag entscheiden, wollen wir also nicht nur für mehr qualifizierten Nachwuchs sorgen, sondern auch das Ansehen dieses so wichtigen Berufsstandes erhöhen, der Respekt und Anerkennung verdient hat.



Gesundheit

braucht Ideen

Da weiß der Kunde, was drin ist: bei der BIOFA in Bad Boll.

Beim Ortsbesuch in Bad Boll stand das Thema Gesundheit im Mittelpunkt. Neben dem Medizinerhersteller Wala und der Rehaklinik Bad Boll gibt

es dort zahlreiche weitere größere und kleinere Betriebe im Gesundheitsbereich. Auch der ökologische Farben- und Lackhersteller BIOFA passt zum Thema, wie mir die Geschäftsführer erläuterten. Denn konventionelle Farben mit Lösungsmittel geben noch lange Spuren ab — die Halbwertszeit beträgt hier zehn Jahre. „Wir halten uns den Großteil des Tages in geschlossenen Räumen auf. Deshalb sollte man darauf achten, was in der Wandfarbe oder der Fußboden- und Möbelbeschichtung enthalten ist“, erklärt Timo Ascherl die Notwendigkeit von ökologisch nachhaltigen und gesundheitsverträglichen Farben. „Bei uns weiß der Verbraucher, was drin ist“, erläuterte Markus Hahn.

Gemeinsam mit meiner Kollegin, der gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Hilde Mattheis, führte ich ein Gespräch mit der Kinderkrankenschwester Andrea Benke. Sie engagiert sich in Ebersbach in der Flüchtlingsarbeit und bietet dort regelmäßig eine Gesundheitssprechstunde für Familien mit kleinen Kindern an. Dadurch hilft sie nicht nur den Menschen, sondern trägt ganz nebenbei noch zur Entlastung von Verwaltung und Krankenhäusern bei. So konnten zum Beispiel schon Notfalleinsätze verhindert werden. Eine tolle Sache!



Gesundheit

braucht Beratung

mit Hilde Mattheis, MdB, und Andrea Benke im Bürgerbüro

Geschafft! Mehrfach habe ich mich an das Bundeswirtschaftsministerium, die Bundesnetzagentur und an den Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW gewandt mit der Forderung, die Notwendigkeit einer 380-kV-Leitung über den Schurwald genau zu prüfen. Durch die nun erfolgten Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat ist die Leitung jetzt auch tatsächlich aus dem Gesetz gestrichen worden.



Termine - 02. bis 26. Februar 2016

Dienstag, 02. Februar

10:00 Uhr

Verkehrspolitisches Gespräch der IHK mit Staatssekretär Barthle in Geislingen

15:30 Uhr

"Gute Arbeit in Bund und Land"
mit Bundesministerin Andrea Nahles
Uditorium in UHINGEN

Mittwoch, 03. Februar 18:00 Uhr

"Für eine gute und menschenwürdige Pflege"
Veranstaltung bei Staatssekretärin Brigitte Zypries
Griesheim

Donnerstag, 04. Februar 18:00

"Unser Land zukunftsfest machen"
Veranstaltung mit Gerhard Schröder
Stuttgart

Freitag, 05. Februar

14:00 Uhr

Hohenstadter Fasnet

19:00 Uhr

Jahreshauptversammlung
der Freiwilligen Feuerwehr
Göppingen-Bartenbach



Rede beim SPD Neujahrsempfang in UHINGEN — zum Nachlesen [hier](#).

Montag, 08. Februar ab 16 Uhr

Einrichtungsbuchung und Fachgespräch Pflege
mit Martin Rosemann, MdB
Tübingen

Dienstag, 09. Februar 9:00 Uhr

Pferdemarkt Geislingen
TVA-Festplatz, Geislingen an der Steige
14:00

Unternehmensbesuch:
Wälde Quadro Apotheke
Bartenbach

Mittwoch, 10. Februar 10.30 Uhr

Politischer Aschermittwoch
der SPD Baden-Württemberg
mit Außenminister Frank-Walter Steinmaier
Ludwigsburg

Montag, 15. bis Freitag, 26. Februar

Sitzungswochen in Berlin

Bürgerbüro



Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159



www.heike-baehrens.de
heike.baehrens.wk@bundestag.de



www.facebook.com/baehrensmdb